



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

12. Sitzung vom 01. November 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.00 Uhr

Leitung: Sven Inäbnit (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Claudia Fünfschilling

Präsident:

Sven Inäbnit

Protokoll:

Claudia Guyaz

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP begrüsst herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Der aktuelle Herbst ist nun definitiv im Herbst seiner Zeit und das garstige Wetter hat uns pünktlich auf den 1. November hin erreicht. Er bedankt sich deshalb bei allen, welche heute Abend ihre Zeit der Politik widmen, statt zu Hause bei einem warmen Tee oder sogar am Cheminée sich etwas auf den Winter ein zu stimmen. Insbesondere begrüsst er seine Kolleginnen und Kollegen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten sowie die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Frau Claudia Guyaz als Protokollführerin für den Einwohnerrat, die anderen Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter der Medien und spärlich aber nicht umso weniger herzlich willkommen die Gäste auf den Besucherrängen.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident möchte gleich zu Beginn noch einmal die gültigen Corona Regeln für die Sitzung in Erinnerung rufen. Es besteht Maskenpflicht während der ganzen Sitzung und die Abstände sollen eingehalten werden. Die Gästezahl ist beschränkt aber niemand musste ausgeschlossen werden und die Sitzung wird wie üblich aufgezeichnet und ist morgen ab der Homepage hörbar.

Mit Schreiben vom 20. September 2021 hat Bettina Wölnerhanssen, Grüne/EVP-Fraktion, gesundheitsbedingt ihren sofortigen Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklärt. Bettina Wölnerhanssen wurde 2020 auf der Liste der Grünen neu in den Einwohnerrat gewählt. Sie wurde dann auch von ihrer Fraktion als Ersatzmitglied in die GRPK und als ordentliches Mitglied in die SpezKo Werterhaltung Schloss delegiert worden. Leider haben sich bei Bettina Wölnerhanssen gesundheitliche Probleme manifestiert, das hat ihr verunmöglicht an den letzten Sitzungen teilzunehmen und ihr Platz musste leider längere Zeit leer bleiben. Deshalb hat sich Bettina Wölnerhanssen nach dem Sommer entschieden, zurück zu treten. Der Einwohnerrat bedankt sich bei ihr ganz herzlich für die wenn auch leider kurze Mitwirkung im Rat und ihre politische Arbeit insgesamt. Er wünscht ihr im Namen von allen gesundheitlich eine rasche, gute Besserung und hofft vor allem, dass sie wenn die Zeit wieder da ist, in die Politik zurückkehren kann und aktiv die Binninger Politik mitzugestalten. In diesem Sinne wünscht er ihr im Namen des ganzen Einwohnerrats und der Verwaltung und sicher auch des Gemeinderats alles Gute und ganz herzlichen Dank für Ihren Beitrag und gute Besserung insbesondere.

Als Nachrückende für Bettina Wölnerhanssen möchte der Präsident heute ganz herzlich Stefanie Glaser von der Grüne/EVP-Fraktion im Einwohnerrat begrüssen. Insbesondere ist es eine Freude, wieder ein Mitglied der jüngeren Generation im Rat willkommen zu heissen. Das stimmt ihn zuversichtlich, dass die Zukunft der Binninger Politik gesichert ist und sich junge engagierte Leute dafür einsetzen. Auch speziell und erfreulich ist, dass jetzt zwei Generationen der Familie Glaser mit dem Rat tagen. Damit werden innerfamiliäre Diskussionsthemen sicher nicht ausgehen, da spricht er aus eigener Erfahrung. Herzlich willkommen, viel Erfolg, Freude, Befriedigung im verantwortungsvollen Amt wünscht er Stefanie Glaser.

Mitteilungen aus dem ER-Büro

Das Büro des Einwohnerrats hat am 28. Oktober Andrea Schilling, Grüne/EVP-Fraktion, als Mitglied in die SpezKo Werterhaltung Schloss und als Ersatzmitglied in die SpezKo Schulraumplanung gewählt. Dies auch im Zusammenhang durch die Änderungen mit dem Rücktritt von Bettina Wölnerhanssen. Ebenfalls hat das Büro heute kurzfristig entschieden, dem Wunsch von Bernard Keller der Verwaltung grünes Licht zu geben, während der Sitzung ein paar Fotos des Plenums zu machen für die Homepage der Gemeinde.

Entschuldigt hat sich für die heutige Sitzung Claudia Fünfschilling der FDP. Das heisst es sind 39 Anwesende und das absolute Mehr beträgt heute 20.

Heute ist ein neuer Vorstoss eingereicht worden. Es handelt sich um eine Interpellation der Grüne/EVP-Fraktion zum Verkauf Liegenschaft Münsterplatz 5 und 6. Dieser Vorstoss liegt auf den Tischen auf. Der

Präsident fragt die Grüne/EVP-Fraktion an, ob der Vorstoss begründet werden möchte, dies ist nicht der Fall.

Weiter sind zwei Anfragen im Vorfeld der Sitzung eingereicht worden. Eine der CVP/glp-Fraktion und eine der SVP-Fraktion. Die Antworten des Gemeinderats liegen schriftlich und er möchte den Gemeinderat anfragen, ob er am Ende der Sitzung wünscht in irgendeiner Form mündlich etwas zu ergänzen. Dies ist nicht der Fall. Gemäss Geschäftsordnung ist eine Diskussion bei Anfragen nicht vorgesehen.

Der Rat steht vor der Frage, ob der Zusatztermin vom 15. November für eine weitere Einwohnerratssitzung wahrgenommen werden muss. In erster Linie kommt dies darauf an, wie weit heute die Geschäfte beschlossen werden können. Im Dezember wird sich der Rat sicher mit Schwergewicht dem Budget widmen müssen. Das Präsidium und das Vizepräsidium bittet deshalb, wenn möglich um speditive und konzise Beratung, so dass im Büro im Nachgang an die heutige Sitzung kurz beraten werden kann und allenfalls die Sitzung vom 15. November, der Ersatztermin gestrichen werden kann. Er bittet, wenn die Sachlage zu den Vorstössen wirklich klar ist, um kurze Voten oder sogar um ein Signal des Einverständnisses, weiterfahren zu können. Ein spezieller Wunsch der Vizepräsidentin ist es, sich frühzeitig anzumelden und deutlich zu erkennen zu geben, wenn eine Wortmeldung gemacht werden möchte. An der letzten Sitzung sind viele Wortmeldungen «last minute» eingegangen, auch von den Fraktionssprechern.

Der Präsident führt wiederum eine Testabstimmung zur Überprüfung der Abstimmungseinheiten durch. Alle Geräte und das System funktionieren.

Es wird mit der Traktandenliste weitergefahren.

Wie bereits angetönt ergeben sich durch den Rücktritt von Bettina Wölnerhanssen zu Änderungen bei den Ersatzmitgliedern von den ständigen Kommissionen. Für diese Wahlen ist der Einwohnerrat zuständig. Das ER-Büro beantragt deshalb einstimmig die Aufnahme eines neuen Traktandums «Wahlen in die GRPK». Es geht um die Wahl von einem Ersatzmitglied von der Grüne/EVP-Fraktion und ein weiteres Ersatzmitglied von der SP-Fraktion. Das Büro möchte das gerne gleich zu Beginn – nach der Protokollgenehmigung – dieses Traktandum einführen. Zum Antrag des Büros gibt es keine Wortmeldungen und keine Opposition.

BESCHLUSS

://: Gesch. Nr. 83 neu Traktandum 2.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird bereinigt und gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 27.09.2021	
2. Ersatzwahlen stellvertretende Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2024	83
3. Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 28.09.2021 Teilrevision Parkraumreglement, Erfahrungsbericht Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	82
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 Postulat Grüne/EVP-Fraktion: Begrünung Hauptstrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	46
5. R. Oberli, SVP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates	60
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.06.2021 Postulat SVP-Fraktion: Mehr Sicherheit in öffentlichen Einstellhallen in Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	197/XII
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.07.2021 Interfraktionelles Postulat: Unabhängiges Gutachten zur Verkehrssituation Blumenstrasse ist dringend Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	51
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.07.2021 Postulat P. Frauchiger, FDP: Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	52
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.08.2021 Interfraktionelles Postulat: Moderne und proaktive Kommunikation in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Mike Keller	61
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.09.2021 Interpellation B. Fankhauser (SVP): Pächterwechsel und neues Konzept Restaurant Schloss Binningen Geschäftskreisführung: Mike Keller	70
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.06.2021	54

Interpellation B. Büschlen, Grüne: Zweiteilung der Gemeinde durch Trasse der BLT

Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi

12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.07.2021 57
Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff-/ Plastiksammlung
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
13. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 27.09.2021

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 83

Ersatzwahlen stellvertretende Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Nach Geschäftsordnung Artikel 49 Absatz 2 gilt das Prinzip der stillen Wahl, wenn die Anzahl vorgeschlagenen der Anzahl von den zu Wählenden entspricht. Für die zurückgetretene Bettina Wölnerhanssen ist ein Ersatzmitglied in die GRPK zu wählen. Der *Präsident* bittet um den Fraktionsvorschlag von den Grünen/EVP.

Thomas Schwarb, Grüne schlägt im Namen der Grüne/EVP-Fraktion Peter Bertschi als Ersatzmitglied GRPK vor. Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor.

Die SP möchte ein drittes Ersatzmitglied in die GRPK wählen. *Simone Abt, SP* nominiert im Namen der SP-Fraktion Erik Schellenberg. Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor.

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Peter Bertschi, Grüne/EVP-Fraktion, als stellvertretendes Mitglied in die GRPK gewählt.

://: Für die restliche Amtsperiode wird Erik Schellenberg, SP-Fraktion, als stellvertretendes Mitglied in die GRPK gewählt.

Traktandum 3

Nr. 82

Teilrevision Parkraumreglement, Erfahrungsbericht

Es handelt sich um ein Kenntnisnahme Geschäft. Der *Präsident* bittet um die Fraktionsvoten.

Brigitte Strondl, SP bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei der Verwaltung und bei der zuständigen Gemeinderätin für den informativen Erfahrungsbericht zur revidierten Parkraumbewirtschaftung welcher am 01. Januar 2019 eingeführt wurde und nimmt diesen mit einigen Anmerkungen zur Kenntnis. Die BPK ist in ihrem Bericht im März 2018 von einem Verwaltungsaufwand von rund TCHF 210 und hat die Gebühren entsprechend festgelegt. Ein Hauptziel dieser neuen Parkraumbewirtschaftung war von Anfang an eine kostendeckende und Verursachergerechte Gebührenrechnung einzuführen. Zudem hat man die Gebühren für die Anwohnenden möglichst tief halten wollen und den Pendlern mit einer höheren Gebühr den öffentlichen Verkehr schmackhaft machen. Gemessen am Umfang der angepassten Parkraumverordnung sind sehr wenige Reklamationen eingegangen. Anhand der Zahlen in der Jahresrechnung des Jahres 2020 wird jedoch klar, dass viele Anwohnende nicht bereit waren die neuen, jährlichen Gebühren zu bezahlen und haben andere Lösungen gesucht. 2018 sind nach dem alten System 8'348 Einwohnerparkkarten eingelöst worden. 2019 – mit dem neuen Gebührenmodell – jedoch nur noch 2'284, das sind rund 73% weniger, 2020 sind es nicht viel mehr gewesen, nämlich 2'459. So kann für das Jahr 2020 die Pandemie nicht verantwortlich gemacht werden, denn diese Zahlen sind ja schon im Jahr 2019 massiv eingebrochen. Die im Jahr 2020 generierten Einnahmen sind um rund TCHF 21 kleiner als die Ausgaben. Obwohl die Kosten nur bei TCHF 188 liegen und nicht wie ursprünglich angenommen bei TCHF 210. Die Fraktion der SP möchte die nächste Jahresrechnung für das Jahr 2021 abwarten, allenfalls auch ein weiteres Jahr, und dann entscheiden, ob ein Handlungsbedarf besteht und wie sich dieser gestaltet. Einfach nur die Gebühren noch mehr zu erhöhen könnte dazu führen, dass sich noch mehr Anwohnende eine Alternative überlegen, indem sie beispielsweise ihre Vorgärten zupflastern und diese als Autoabstellplatz verwenden. Wir müssen auch die Kosten ansehen.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne bedankt sich im Namen der Grüne/EVP-Fraktion für den vorliegenden Bericht. Dieser ist gut verständlich und gibt eine gute Grundlage um weiter zu arbeiten. Inzwischen hat auch Allschwil der Parkkarte zugestimmt und in Muttenz soll es offenbar im nächsten Jahr darüber eine Abstimmung geben. Binningen ist also auf einem guten Weg, zusammen mit anderen Gemeinden. Dies zeigt sich auch an der harmonisierten Parkraumbewirtschaftung im kantonalen Grundlagenbericht von 2020. Stossend ist sicher bei der momentanen Lösung in Binningen, dass die Einnahmen nicht stimmen. 2017 ist man von Zahlen ausgegangen welche sich schnell als unrealistisch erwiesen haben. In Pratteln z.B. kostet die Anwohnerparkkarte jährlich CHF 500.00 und die Pendlerkarte CHF 250.00. In Münchenstein müssen die PendlerInnen CHF 550.00 im Jahr bezahlen, allerdings die Anwohner nur CHF 30.00. Alles in Allem generiert das natürlich ganz andere Bilder oder Einnahmen. Der Vergleich zeigt, dass bezüglich Parkkartenpreis noch Luft nach oben besteht. Es macht schlicht keinen Sinn eine Bewirtschaftung aufzuziehen welche nicht einmal die administrativen Kosten deckt. Im Bericht sind diese ihrer Ansicht nach transparent und nachvollziehbar aufgeführt. D.h. sie sind nicht das Problem für die Unterdeckung. Allerdings wäre eine Vollkostenrechnung dennoch aufschlussreich um weitere Massnahmen treffen zu können. Ihnen erscheint die Erhöhung der Karte unausweichlich und falls es möglich wird auch auf der Kantonsstrasse mit der Parkkarte zu parkieren wäre dies ja auch ein weiterer Gewinn für die Kartenbesitzer. Auf der anderen Seite ist es mit der Kostenrechnung alleine auch nicht gemacht. Im Bericht wird nicht ersichtlich wie stark die Suchbewegungen wirklich zurückgehen und ob es wirklich positive Auswirkungen hat auf die Quartiere und eine Beruhigung der Strassen. Eine Gemeinde welche so gut an Bus und Tram angeschlossen ist wie Binningen, wo der Bahnhof und die Stadt in Fussdistanz erreichbar sind könnte da allerdings innovativer sein, meint die Grüne-Fraktion. Schliesslich beginnt heute in Glasgow die Klimakonferenz, es sei eine Minute vor Mitternacht bezüglich Weltklima, sagt sogar Boris Johnson. So weckt der Bericht einige Fragen und sie möchten gerne vom Gemeinderat wissen was er bezüglich Parkraumbewirtschaftung plant und vorschlägt.

Roman Oberli, SVP bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und nimmt diesen zur Kenntnis. Positiv zur Kenntnis nehmen sie, dass das Bestreben da ist, auf den Kantonsstrassen mit der Anwohnerkarte parkieren zu können. Weniger positiv die Kosten. Sie finden diese in gewissen Sachen – vor allem im Personalaufwand – relativ hoch. Es stellt sich die Frage ob diese effektiv so hoch sein müssen. Sie sehen keinen Bedarf die Gebühren zu erhöhen. 2019 gibt es CHF 5'000.00 unterschied, 2020 ca. knapp CHF 20'000.00. Es könnte auch ein gewisser Corona-Effekt vorhanden sein, wenn man die Pendlerkarten betrachtet. Ein abschliessender Kommentar zu den Grünen: auch die geliebten Elektrofahrzeuge benötigen Parkplätze deshalb können diese nicht auch noch einfach gestrichen werden.

Daniel Setz, FDP bedankt sich beim Gemeinderat für den Erfahrungsbericht. Gerne nehmen sie zur Kenntnis, dass die Einführung des Parkraumreglements gemäss Gemeinderat ohne grössere Probleme erfolgt ist. Positiv zur Kenntnis nehmen sie, dass der Gemeinderat bei Anfangsschwierigkeiten mit dem Gewerbe diese unkompliziert und pragmatisch gelöst hat. Ebenfalls sehen sie, dass der Gemeinderat die Aufwandskosten gemäss Vorgabe der BPK und dem Einwohnerrat reduziert hat. Es gibt jedoch ein paar Punkte welche sie als Verbesserungsvorschlag mitgeben möchten. Die Kontrolle der Parkerlaubnis erfolgt über die Autonummer sowie über die Parkkarte. Ihres Erachtens ist dies eine Schikane, könnte doch alleine über die Autonummer die Parkerlaubnis kontrolliert werden. Ebenfalls finden sie den Prozess doch eher bürokratisch. Es ist darauf zu achten, dass die Gemeinde weiter an technologischen Lösungen arbeitet, damit eine benutzerfreundliche unkomplizierte State of the Art Lösung erreicht wird. Die Jahresgebühren werden sie weiterhin im Auge behalten mit dem klaren Ziel diese in Zukunft für die Bürger senken zu können. Der Bericht nimmt keine Stellungnahme betreffend Parkraumbewirtschaftung. Hat es mehr verfügbare Parkplätze heute, hat sich der Pendlerverkehr reduziert? Wie ist die Erfahrung mit den neuen Transportkonzepten und –mitteln usw. Die Corona Situation hatte in diesen zwei Jahren sicherlich einen Einfluss auf die Erfahrungen mit dem Parkraumreglement. Ebenfalls hat der Rat die Kreditabrechnung noch nicht erhalten. Sie beantragen deshalb, dass mit der Kreditabrechnung ein weiterer Erfahrungsbericht mit Fokus auf die Parkraumbewirtschaftung dem Rat vorgelegt wird.

Andrea Alt, CVP bedankt sich im Namen der CVP/glp-Fraktion für das Erstellen dieses Erfahrungsberichts. Es ist erfreulich, dass die Parkraumbewirtschaftung einerseits das Fremdparkieren unterbinden konnte und somit in den Quartieren zu weniger Suchverkehr führte und auch zu weniger Lärmbelästigung. Andererseits freut es sie aber auch, dass die Nutzerinnen und Nutzer – Private wie auch Gewerbe – den Service mehrheitlich als kundenfreundlich wahrnehmen und schätzen und somit von einer insgesamt grossen Akzeptanz ausgegangen werden kann. Sie schätzen es auch, dass die Gemeinde mit dem Kanton eine Lösung sucht, dass die Anwohnerparkkarte auch auf den Kantonsstrassen genutzt werden kann. Die jährliche Gebühr für die Karte war vor drei Jahren ein vieldiskutiertes Thema. Die stille Akzeptanz dafür zeigt, dass der Einwohnerrat sich damals wahrscheinlich richtig entschieden hat. Dennoch sind die laufenden Kosten nicht gedeckt. Dass dafür die Covid-19 Pandemie mitverantwortlich ist scheint auf der Hand zu liegen. Dennoch möchten sie den Gemeinderat gerne fragen, ob aus seiner Sicht eine Erhöhung der Gebühren ein Thema ist. Sie sind auch gespannt ob sich dies im laufenden resp. kommenden Jahr ergibt, und ob die Einnahmen die Ausgaben decken werden. Sie sind der Meinung, dass es hierzu keinen erneuten Bericht benötigt, würden aber eine kurze Anmerkung zHd. GRPK bei der kommenden Rechnung begrüssen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte ganz kurz auf die Corona Pandemie eingehen. Diese hatte erhebliche Auswirkungen, auch auf den Verkehr. Von Auswirkungen auf die Parkraumbewirtschaftung im engeren Sinne zu sprechen ist relativ schwierig. Dies weil die Verhältnisse in den letzten zwei Jahren wirklich andere gewesen sind. Sobald dazu halbwegs verlässliche Angaben machen kann, wird dies gerne gemacht. Die Erhöhung der Gebühr ist heute und morgen kein Thema. Es ist aber klar, dass das im Auge behalten werden muss. Man weiss nicht wie die Rechnung in einem «normalen» Jahr aussieht. Wenn es ein Defizit bleibt muss das Thema logischerweise aufgenommen werden. Wenn es sich aber

normalisiert, dann hat es sich erledigt. Es wird beobachtet mit der Rechnung 2021, vielleicht braucht es für weitere Erkenntnisse auch noch die Rechnung 2022.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Erfahrungsbericht zur Teilrevision Parkraumreglement.

Traktandum 4

Nr. 46

Postulat Grüne/EVP-Fraktion: Begrünung Hauptstrasse

Das Traktandum 4 ist ein Bericht des Gemeinderats zum Postulat Grüne/EVP-Fraktion Begrünung der Hauptstrasse erläutert der Präsident. Es geht um eine Überweisung. Er bittet die PostulantInnen der Grüne/EVP-Fraktion kurz um ihr Votum. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Karin Glaser, Grüne freut sich sehr, dass sich der Gemeinderat diese Problematik zu Herzen nimmt. In der Zwischenzeit wurde auch in den Medien bekannt gemacht, dass begrünte Strassen und wo immer möglich begrünte Häuser dem Stadt- oder Ortsklima sehr gut tun. Die Temperatur geht zurück, Vögel haben Freude daran, es ist für die Luftqualität natürlich gut. Sie überweisen das Postulat und hoffen später tolle Resultat sehen zu können. Sie wissen von der Problematik, dass die Hauptstrasse auch eine Kantonsstrasse ist.

ABSTIMMUNG

38 JA / 1 NEIN (vgl. Anhang, Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 60

R. Oberli, SVP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

Es handelt sich um einen Verfahrensantrag bei diesem Geschäft, erläutert der *Einwohnerratspräsident*. In diesem Sinne ist der Einwohnerrat zuständig. Gemäss Geschäftsordnung ist es so, wenn der Rat dem Antrag zustimmt, ist dies ein Auftrag an das Büro oder an eine spezielle Ratskommission (welches sich hier wahrscheinlich erübrigt) eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Roman Oberli, SVP möchte sich kurzfassen. Der Einwohnerrat hat momentan die Option einer dringenden Motion oder einer dringlichen Interpellation, jedoch kein Instrument für ein dringliches Postulat. Er ist der Meinung, diese Kompetenz sollte sich der Einwohnerrat geben, z.B. das Verkehrsgutachten für die Blumenstrasse wäre ein solcher Fall gewesen, wo ein dringliches Postulat angebracht gewesen wäre. Persönlich findet er den Antrag, welcher die FDP Stellen wird, gut.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich im Namen der CVP/glp-Fraktion bei Roman Oberli für seinen Antrag. In diesem Fall ist die Fraktion gespalten. Ob diese Erweiterung für die Aufnahme des dringlichen Postulats in der Gemeindepolitik notwendig ist und überhaupt Sinn macht. Grundsätzlich werden Postulate nach Einreichen spätestens bei der dritten folgenden Einwohnerratssitzung vom Gemeinderat an den Einwohnerrat beantwortet. Dies ist eine relativ kurze Zeit. In welchem Zeitrahmen wünscht sich das der Antragsteller? Ein Beispiel: im Nationalrat muss ein dringliches Postulat noch in der gleichen Session vom Bundesrat beantwortet werden. Aber wir sind nicht im Nationalrat und auch nicht im Landrat, wo es das auch gibt. Der Zeitrahmen muss so terminiert werden, dass dem Gemeinderat trotzdem die Möglichkeit für eine qualitativ gute Vorabklärung und in der Bearbeitung des Postulats ermöglicht wird. Zum Zeitrahmen Abwicklung dringliches Postulat besteht unbedingt noch Erklärungsbedarf, dies auch von Seite Antragssteller. Sie wünschen trotz dieser Forderung im Rat vorwärts zu kommen gute Resultate vom Gemeinderat. Gute Resultate sind wichtiger als ein minimaler Zeitgewinn. Wenn eine Mehrheit des Rates diese Änderung jedoch wünscht, ist die CVP/glp-Fraktion nicht dagegen. Sie haben Stimmfreigabe beschlossen, jedes Mitglied wird heute Abend situativ je nach den möglichen Voten selber entscheiden und abstimmen.

Christoph Maier, FDP begrüsst im Namen der FDP-Fraktion grundsätzlich, dass die Lücke zwischen der dringlichen Interpellation und der dringlichen Motion mit dem dringlichen Postulat zu schliessen. Insofern schlägt Roman Oberli hier etwas Sinnvolles vor. Die grundsätzliche Absicht welche Roman Oberli in seinem Vorstoss vorbringt sollte allerdings noch einer gewissen Klarheit zugeführt werden. Es sollte klargestellt werden, unter welchen Bedingungen ein solches dringliches Postulat gestellt werden kann und wie dieses zu behandeln ist. In Anlehnung an die dringliche Motion hat die FDP-Fraktion einen Vorschlag für eine solche Formulierung eines dringlichen Postulats bereits an das Büro eingereicht. Es besteht die Möglichkeit diesen auch allen Ratsmitgliedern zur Kenntnisnahme und zur Prüfung und Behandlung heute an der Sitzung abzugeben. Er lässt sich hier aber von der Ratsleitung leiten, ob dies an der heutigen Sitzung erfolgen soll oder an einer anderen Sitzung.

Der *Präsident* weist auf die korrekte tragweise der Maske hin.

Stephan Appenzeller, SP weist darauf hin, im Büro diesen Vorschlag nicht bekommen zu haben.

Simone Abt, SP möchte ein Fraktions-Votum abgeben. Sie haben sich ein paar Sachen auch durch den Kopf gehen lassen, insbesondere auch die Frage wie viel Zeit gewinnt man tatsächlich mit einem solchen Instrument. Trotzdem sind sie zum Schluss gekommen, dass dieses Anliegen unterstützenswert ist. Die SP unterstützt diesen Antrag und sie sind sehr gespannt was jetzt offenbar im Büro bereits eingespielen ist, was eine Lösung wäre für dieses Thema. Sie bedauern, dass dies nicht bereits vorher zumindest den Leuten welche den Rat im Büro vertreten bekannt gewesen ist. In diesem Sinne sind sie für eine Überweisung an das Rats-Büro.

Der *Präsident* möchte kurz Stellung nehmen zum Antrag der FDP. Der Antrag wurde ihm als Ratspräsident schon an der letzten Sitzung übergeben. Es ist nicht zwingend, dass dieser Antrag zuerst im Büro behandelt werden muss. Zumal ist der Antrag eigentlich sehr einfach. Und zwar beantrag Roman Oberli die beiden Änderungen, das dringliche Postulat aufzuführen. Der Antrag der FDP ist im Prinzip der gleiche Wortlaut welcher für die Behandlung der dringlichen Motion schon in der Geschäftsordnung steht. Der Präsident liest den Antrag wie folgt vor:

Die Geschäftsordnung des Einwohnerrats der Gemeinde Binningen wird wie folgt angepasst:

- 1) Änderung §22 Abs. 3 lit. b mit folgendem Wortlaut:
«**Dringliches Postulat**, Postulat und Budgetpostulat»
- 2) Änderung des Titels des §24:
«**Dringliches Postulat**, Postulat und Budgetpostulat»

3) Ergänzung §24 um einen Absatz 3 mit folgendem Wortlaut:

«³ Die dringliche Behandlung eines Postulats kann nach der mündlichen Begründung auf Antrag der Postulanten mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden. In diesem Fall hat der Gemeinderat sofort Stellung zu nehmen. Dann wird die Beratung durchgeführt und eine Abstimmung über die Überweisung abgehalten.

Es handelt sich also um das identische Vorgehen wie bei der Motion. Insofern ist wichtig auch zu sagen, dass es nur um die Überweisung, also der Gemeinderat muss das Postulat nicht erfüllen, sondern eben überweisen. Der Rat muss es an der gleichen Sitzung überweisen können. Er schlägt folgendes vor: der Sprecher der FDP verteilt diese Anträge noch, das Traktandum wird sistiert und in der zweiten Sitzungshälfte wird darauf zurückgekommen. Es wäre sicher gut, wenn darüber abgestimmt und dies als Auftrag ins Büro weitergeleitet werden könnte. Ziel ist es mit diesem Geschäft vorwärts zu kommen.

BESCHLUSS

://: Das Traktandum wird vorerst sistiert und in der zweiten Hälfte der Sitzung wiederaufgenommen.

Traktandum 6

Nr. 197/XII

Postulat SVP-Fraktion: Mehr Sicherheit in öffentlichen Einstellhallen in Binningen

Es liegt ein Bericht des Gemeinderats vor, dieser beantragt das Postulat mit dieser Antwort als erfüllt abzuschreiben.

Susanne Keller, SVP bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion für die Bearbeitung des Postulats. Sie sehen, dass die an der Einwohnerratssitzung vom 21. September 2020 ausgesprochenen Worte und Gedanken des Gemeinderats aufgenommen und teilweise schon umgesetzt wurden und teilweise schon eine Verbesserung erreicht werden konnte. So unterstützen sie die vorgeschlagenen Massnahmen wie Mosquito- oder Kameraüberwachungen oder einen Gemeindepolizisten als Jugendpolizisten auszubilden und weiterhin Polizeipräsenz an den Hot Spots zu zeigen. Ein Anliegen ist es ihnen, dass die Ausgaben für Sicherheit in den Einstellhallen in einem vernünftigen Verhältnis stehen, wobei die Sicherheit für sie an erster Stelle steht. Eine bauliche Abschlüssung mit Toren und Schranken fänden sie übertrieben und wie beschrieben, könnte sich ja trotzdem eine Person weiterhin unberechtigt Zutritt verschaffen. Aufgrund der bereits aufgegriffenen Massnahmen des Gemeinderats und der Verbesserung der Situation und den weiterführenden Massnahmen bei erneuter Zunahme der Problematik, wird die SVP das Postulat als erledigt abschreiben.

Stephan Meyer, FDP bedankt sich im Namen der FDP für den ausführlichen Bericht beim Gemeinderat. Sie erachten den Bericht als sehr sorgfältig erarbeitet. Sicherheit ist für sie ein sehr wichtiges Thema und sie sind froh, dass sich die getroffenen Massnahmen als vorerst ausreichend erwiesen haben. Sie verdanken an dieser Stelle auch den Einsatz von Gemeindepolizei, Sicherheitsdienst und Jugendarbeit. Sollte sich die ganze Situation wieder verschlimmern sind sie gerne bereit, die angesprochenen Möglichkeiten für weitere Massnahmen neu zu diskutieren. Die FDP unterstützt den Antrag des Gemeinderats das Postulat abzuschreiben.

Andrea Alt, CVP bedankt sich bei der SVP-Fraktion für das Postulat. Sicherheit an öffentlichen Plätzen im Allgemeinen nicht nur in Einstellhallen sollte für alle Bewohnerinnen und Bewohner gewährleistet werden. Leider ist dies nicht immer so, wie man nur zu oft auch gerade jetzt wieder den Medien entnehmen

kann. Umso mehr freut es sie, dass Binningen in den vergangenen Monaten viele Massnahmen eingeleitet und umgesetzt hat und diese auch ihre Wirkung gezeigt haben. Besonders freut es sie, dass ein Gemeindepolizist eine Spezialausbildung als Jugendpolizist absolviert oder vielleicht unterdessen bereits abgeschlossen hat. Sie würden sich freuen, wenn die Gemeinde zur gegebenen Zeit über die Erfahrungen hierzu berichtet. Sie werden dem Antrag des Gemeinderats folgen und das Postulat als erledigt abschreiben. Gleichzeitig schätzen sie es, dass der Gemeinderat weiterführende Massnahmen aufgezeigt hat und bereit ist, diese anzuwenden sollte es zu einer Zunahme der Problematik kommen.

Ralph Büchelin, SP bedankt sich für das Postulat und beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Seit vermehrt Kontrollen der Gemeindepolizei stattfinden und weitere Massnahmen erfolgen hat sich die Situation beim Schloss verbessert. Die Verzeigungen sind von 21 im Jahre 2020 auf eine zurückgegangen (Stand Mai 2021). Die Massnahmen zeigen offenbar Wirkung und es stellt sich die Frage wie in Zukunft vorgegangen werden soll. Der Gemeinderat stellt folgende Massnahmen zur Diskussion: weiterführen der jetzigen Massnahmen und auch Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen; Vorfälle in der Statistik erfassen; Bewegungsmelder Moskito mit hoher Frequenzen installieren, wie es z.B. für das Vertreiben von Hunden und Katzen verwendet wird; Videoüberwachung installieren mit einmaligen Kosten von CHF 30'000.00, dann CHF 6'000.00 jährlich; oder Absperrungen mit Toren und Schranken mit Kosten von rund CHF 185'000.00. Wie gesagt, die Situation hat sich deutlich verbessert und ein Gemeindepolizist absolviert auch eine Ausbildung zum Jugendpolizisten. Deshalb erübrigen sich diese Massnahmen wie Moskito, Videoüberwachung und Absperrungen, aber die Situation soll weiterhin beobachtet werden. Die SP-Fraktion ist dafür, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Andrea Schilling, Grüne bedankt sich für den ausführlichen Bericht des Gemeinderats und sie freuen sich sehr, dass die ergriffenen Massnahmen bereits Wirkung erzielt haben. Die Grüne/EVP-Fraktion schreiben das Postulat als erledigt ab.

ABSTIMMUNG

39 JA (vgl. Anhang, Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 7

Nr. 51

Interfraktionelles Postulat: Unabhängiges Gutachten zur Verkehrssituation Blumenstrasse ist dringend

Der Gemeindeart ist bereit, dieses Postulat anzunehmen.

Roman Oberli, SVP erläutert, dass die geplante Blumenstrassen-Brücke bei den Anwohnerinnen und Anwohnern nicht gut an. Die Aussage, dies sei die einzige Erschliessungsmöglichkeit für die Blumenstrasse, noch weniger. Die Frage stellt sich auch, weshalb der Gemeinderat ein Projekt wieder aus der Schublade holt, welches vor einiger Zeit dort verstaubt wurde, weil er keine absehbare Mehrheit dafür gesehen hat. Jetzt wo Primus eine Überbauung in der Blumenstrasse machen möchte, sind diese Mehrheiten anscheinend geschiftet. Die Brücke wird ein grosser Eingriff in die Natur dieses ruhigen Wohnviertels inkl. dem beliebten Fussgängerweg beim Birsig. Parkplatzabbau und Verkehrssicherheit sind zwei weitere zu

erwähnende negative Aspekte und es gibt noch einige mehr. Jedenfalls sind sie überzeugt, dass es noch andere Lösungen als die bisher erwähnte gibt und es diese auch geben muss. Denn die angedrohte Nicht-Erschliessung der Blumenstrasse ist keine Option. Jetzt soll dieses unabhängige Verkehrsgutachten diese Optionen aufzeigen und die SVP-Fraktion ist deshalb für die Überweisung dieses Postulats.

Urs Hauri, Grüne bedankt sich für das interfraktionelle Postulat und auch bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für den dazugehörigen Bericht. Es ist klar, dass die Sicherheit von allen Verkehrsteilnehmenden hohe Priorität hat und dass die Situation jetzt nicht gut ist und dass die Schliessung der Blumenstrasse natürlich Lösungen braucht. Die Frage ist, ob dies wirklich sein muss. Es ist nicht ganz einfach zu verstehen, weshalb die Erschliessung der Grossüberbauung auf dem Primus-Areal jetzt über die Blumenstrasse erfolgen muss. Eine Quartierstrasse mit dazugehörigen Kindergarten wo dies bisher möglich war, dass diese über die Gorenmattstrasse verläuft. Nebst dem deutlichen Mehrverkehr für die Anwohner ist auch wie gesagt der Schulweg zu zwei Kindergarten betroffen und man bringt schlussendlich mehr Verkehr in eine Quartierstrasse weiter oben. Sie möchten auch erwähnen, dass eine Kreuzung zum nationalen Veloweg entsteht, dies ist vor allem auch ein wichtiger Velopendlerweg welcher sehr stark befahren ist. Hier müsste auf jeden Fall eine sichere und velofreundliche Lösung gefunden werden. Wie Roman Oberli erwähnt hat gibt es dort einen Bachweg, eine schöne Uferregion welche gekreuzt und gestört würde und es wäre sicher auch finanziell eine relativ teure Lösung, wo man dieses Geld jetzt auch gerne anderweitig einsetzen würde in der Gemeinde. Es ist natürlich so, dass diese Strasse im Strassenverkehrsplatz vorkommt, im Strassennetzplan vorkommt, wenn aber heute gute Gründe vorliegen etwas nicht so zu machen wie es einmal geplant war, sollte man auf diesen Entscheid zurückkommen. Sie hoffen deshalb auf eine andere gute Lösung, wo die Blumenstrasse nicht über den Birsig verlängert werden muss und sind gespannt auf diesen unabhängigen Bericht. Die Fraktion Grüne/EVP ist deshalb für die Überweisung dieses Postulats.

Marc Schinzel, FDP kann vorwegnehmen, dass die FDP für die Überweisung dieses Postulats ist. Sie bedankt sich auch explizit bei den Postulanten für die Einreichung dieses Postulats. Sie danken dem Gemeinderat, dass dieser bereit ist das Postulat entgegen zu nehmen und das Gutachten zu dieser Verkehrssituation vor zu nehmen. Aus ihrer Sicht kann er auch sagen, die FDP hat grosse Vorbehalte gegenüber der momentan angedachten Lösung, dass der Verkehr der Überbauung Primus-Areal über den Schafmattweg wegführen möchte. Diese Überbauung umfassen dutzende Wohnungen, das wird eine grosse Mehrbelastung an Verkehr geben. Die Blumenstrasse ist eines der schönsten in sich geschlossenen Quartiere unten im Tal Grund. Es gibt einen Kindergarten direkt vor Ort, die ganzen Verhältnisse dort sind relativ eng. Es gibt deutlich mehr Verkehr. Mit dem Wegführen über den Schafmattweg würde eine nationale Veloroute gekreuzt was doch sehr bedenklich ist punkto Sicherheit. Sie sind ganz klar der Meinung, dass es bessere Lösungen geben muss. Es ist unbedingt nötig zu sehen, ob der Verkehr nicht über die Gorenmattstrasse zu- und weggeführt werden kann. Bei der Überbauung braucht es dringend noch einmal eine Prüfung. Die FDP-Fraktion ist klar für die Überweisung dieses Postulats.

Luzi Jehle, SP informiert, die SP-Fraktion spricht sich für die Überweisung des Postulats aus.

Thomas Hafner, CVP auch die CVP/glp-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und bei den Postulanten für die Einreichung der Vorstösse. Die CVP/glp-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat für eine Überprüfung überweisen. Sie möchten dem Gemeinderat unabhängig vom Gutachten folgende Mitteilungen machen. Eine mögliche Schliessung vom Bahnübergang an der Blumenstrasse wegen der BLT und deshalb eine neue Erschliessung mittels neuer Brücke über den Birsig in den Schafmattweg ist für sie keine gute und machbare Lösung. Gleichzeitig bitten sie den Gemeinderat betreffend Brücke sich die Situation vor Ort noch einmal anzusehen und anschliessend von dieser Überlegung weg zu kommen. Eine bessere Lösung sollte möglich sein. Die Variante Zugang via Grundstück Parking der Migros und dem ehemaligen Primus-Areal also seitens Goren-

mattstrasse noch einmal vertieft zu prüfen und notfalls auch zu versuchen einzufordern. Schlimmstenfalls der BLT signalisieren, dass Binningen nicht bereit ist diesen Zugang Blumenstrasse für Bewohner der Blumenstrasse zu schliessen.

Simone Abt, SP möchte nicht zu diesem Traktandum sprechen, sondern zum Ratsbetrieb. Sie stellt dem Präsidenten anheim zuerst das Traktandum abzuschliessen und anschliessend ihr für eine kurze Bemerkung das Wort zu erteilen. Es wird nicht lange dauern.

ABSTIMMUNG

39 JA (vgl. Anhang, Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Simone Abt, SP hat ein gewisses Verständnis für die Befindlichkeit Vizeratspräsidentin, dass sie gerne raschere Wortmeldungen, seitens der Fraktionssprechenden insbesondere, hätte. Trotzdem entspricht es einem intelligenten Parlamentsverhalten, dass man sich gegebenenfalls überlegt, ob bei einem relativ klaren Traktandum ein Votum überhaupt notwendig ist. Sie findet es eigentlich lobenswert, wenn nicht jede Fraktion ein vorbereitetes Votum hat und dies runterliest egal dazu bereits gesagt wurde. Das zögerliche Melden könnte an diesem Umstand liegen. Sie hat den Eindruck, dass wenn ein Traktandum heiss umstritten ist, die Leute nicht so wahnsinnig Zeit lassen mit der Wortmeldung. Sie bittet um etwas Geduld seitens Ratspräsidium. Sie z.B. überlegt sich sehr oft, ob sie votieren möchte und soll oder ob sich dies erübrigt um Zeit zu sparen.

Das Präsidium nimmt dies zur Kenntnis.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 52

Postulat P. Frauchiger, FDP: Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Das erste Wort hätte der Postulant, Peter Frauchiger.

Peter Frauchiger, FDP möchte ganz kurz einen Nachtrag machen. Sein Ratskollege rechts von ihm hat ihn darauf hingewiesen, wenn der Gemeinderat das gerne entgegennehmen möchte, die Dauer mit einer Überprüfung bis Dezember zu ergänzen.

Sirin Hauri, Grüne die Grüne/EVP-Fraktion ist eigentlich zufrieden mit der jetzigen Situation. Sie brauchen nicht unbedingt Mehraufwand und Mehrverkehr – zumal sie der Meinung sind, dass etwas mehr Unordnung den meisten Gärten gut tun würde im Sinne der Igel und anderen Kleinlebewesen. Wenn dies aber ein so grosses Anliegen ist sind sie bereit prüfen zu lassen, was dies kosten würde und was für ein Aufwand dies wäre.

Felix Gerber, glp informiert, dass sie das ähnlich sehen wie die Grünen auch. Grundsätzlich finden sie das auch sinnvoll dies zu prüfen. Sie gehen auch davon aus, dass dies nicht ein allzu grosser Aufwand darstellt, bei den zuständigen Mitarbeitern nachzufragen ob tatsächlich diese Abfallcontainer derart am überlaufen sind in dieser Zeit.

ABSTIMMUNG

35 JA / 0 NEIN / 4 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 61

Interfraktionelles Postulat: Moderne und proaktive Kommunikation in der Gemeinde Binningen

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat anzunehmen.

Rahel Amacker, CVP möchte sich eine Nebenbemerkung zum heutigen Ratsbetrieb erlauben. Sie findet es auch sehr gut, effizient vorwärts zu machen. Sie persönlich findet es aber fast etwas stressig und man kommt manchmal mit den Wortmeldungen nicht durch. Es darf nicht vergessen gehen, dass hier Politik gemacht wird und dass man seine Meinung sagen kann und Diskussion sein darf. Spontane Meldungen erachtet sie persönlich als sehr wichtig. Ein paar hatten jetzt vielleicht das Gefühl, sich bei ihrem Votum beeilen zu müssen, und das fände sie doch schade. Zum Inhalt. Sie finden es eine gute Idee zu überprüfen welche Lösungen für die Gemeinde geeignet sind für eine zeitgemässe und proaktive Kommunikation gegenüber der Bevölkerung. Deshalb sind sie von der CVP/glp-Fraktion für eine Überweisung dieses Postulats. Noch ein paar Anmerkungen dazu. Die Umsetzung sollte kostengünstig möglich sein und den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohnern entsprechen. Die Bedürfnisse könnten beispielsweise durch Befragungen ermittelt werden. Eine App ist nur nützlich, wenn sie benutzerInnenfreundlich gestaltet ist und einem wirklichen Interesse entspricht. Sonst wird sie nicht verwendet. Die Nutzenden sollen zudem die Wahl haben, zu welchen Themen und in welchem Umfang sie Informationen als Push-Nachrichten erhalten möchten. Solche Themen könnten beispielsweise Papiersammlung, Abfuhr, Veranstaltungen, Vereinsinformationen, News aus der Gemeinde sowie Angaben zu den aktuellen Abstimmungen und Wahlen sein. Sie sind gespannt auf den Umsetzungsvorschlag des Gemeinderats.

ABSTIMMUNG

39 JA (vgl. Anhang, Abstimmung 07)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen

Traktanden 10

Gesch. Nr. 70

Interpellation B. Fankhauser (SVP): Pächterwechsel und neues Konzept Restaurant Schloss Binningen

Der Gemeinderat hat den Präsidenten zu Beginn der Sitzung informiert, dass er auf eine mündliche Stellungnahme verzichtet erläutert der *Einwohnerratspräsident*, so wie es ursprünglich in der Vorlage angekündigt war.

Barbara Fankhauser, SVP war heute noch kurz auf der Homepage vom Schloss Binningen. Von dem her ist es für sie jetzt gut so. Sie wünscht keine Diskussion.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

Traktanden 11

Gesch. Nr. 54

Interpellation B. Büschlen, Grüne: Zweiteilung der Gemeinde Binningen durch Trasse der BLT

Es liegt eine schriftliche Antwort des Gemeinderats vor.

Urs Hauri, Grüne bedankt sich für den Bericht. Sie nehmen zur Kenntnis, dass die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer eine hohe Priorität hat. Sie möchten aber auch eine attraktive Gemeinde. Sie haben das Gefühl, dass das Tieferlegen des Trasses beim Kanton zwar deponiert ist und dass allfällige Unter- und Überführungen aus finanzieller Sicht momentan kein Thema sind. Sie bedauern dies, gefährliche Situationen bei Bahn- und Tramübergängen und selbstverständlich auch bei Strassen kommen immer wieder vor. Auch z.B. beim Tramübergang Binningen Oberdorf oder Weihermattstrasse gab es schon solche Fälle. Dies sind auch typische Schulwegkreuzungen und es kann nicht die Lösung sein, alle diese Verbindungen zu kappen, wenn einmal ein Unfall passiert. Eine Verkehrsbarriere sowie eine stark befahrene Strasse plus zweispurige Tramlinie führt dann auch dazu, dass Schulwege als zu gefährlich oder als zu lange eingestuft werden und Kinder mit dem Auto über die Strasse gefahren werden. Das betrifft natürlich auch andere Fussgänger welche diese Wege machen. Das führt dazu, dass dies unattraktiver wird. Sie hoffen deshalb, dass der Gemeinderat in Zukunft sich wenn immer möglich für Lösungen einsetzt, welche die Wege in Binningen sicher aber auch kurzhalten. Sie danken für die Beantwortung und wünschen keine Diskussion im Rat.

BESCHLUSS

://: Der einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

Traktanden 12

Gesch. Nr. 57

Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff-/ Plastiksammlung

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat anzunehmen.

Karin Glaser, Grüne bedankt sich beim Gemeinderat, dass dieser bereit ist das Anliegen zu bearbeiten und zu prüfen. Diese «Kunststoff-Sammlung» ist tatsächlich so eine Sache. Ihr Anliegen ist es, dass es nicht unbedingt ausartet wie bei den deutschen Nachbarn, dort wird alles was in irgendeiner Form ir-

gendwie nach Plastik aussieht in den gelben Sack geworfen, und was dann damit passiert weiss niemand so ganz genau. Es ist auch bekannt, dass Kehrrichtverbrennungen einen Anteil Kunststoff benötigen, damit es brennt. Nur denkt sie, dass diese das selber einschätzen sollen wie viel und dann halt von diesem evtl. je einmal gesammelten Plastik welcher dann übrig bleibt die Menge selber bestimmen können. Im Gegensatz zu anderen Ländern wird bei uns der Kunststoff indirekt – welcher dann vielleicht verbrannt wird – auch als Wärme genutzt. Es ist bekannt, dass für eine solche Sammelstelle alles Plastik gewaschen werden sollte. Sie denkt aber, diesen Aufwand ist es definitiv wert. Und wenn das Ziel einer solchen Sammlung schon alleine nur das Umweltbewusstsein schärft, ist auch schon viel gemacht. Für sie ist vor allem wichtig, dass man weiss wo was passiert bei einer solchen Sammlung. Nicht, dass irgendwelches Restmaterial im Export landet, welches bereits heute schon fatale Folgen für Drittweltländer hat. Trotzdem ärgert es sie enorm, wenn sie Schalen von Beeren – nicht mehr ganz aktuell jetzt aber im Sommer dann wieder – oder von Cherrytomaten oder auch Verpackungsmaterial wie Styropor entsorgen muss. Alles härte Plastik wie Folie trifft man nicht so an, aber alles andere zu recyceln fände sie wirklich gut. Wenn das weniger gekauft wird, wird schlussendlich weniger Erdöl verbraucht.

Felix Gerber, glp wiederholt das Votum von Karin Glaser. Plastikrecycling ist ein vieldiskutiertes und komplexes Thema und die Effizienz der Sammlung hängt sehr stark von den äusseren Umständen ab. Momentan ist es immer noch so, dass es nur einen minimalen ökologischen Nutzen stiftet, etwa gleichwertig wie 30 km Autofahren oder ein Rindsfilet in der Produktion. Es ist tatsächlich so, dass viele Umweltorganisationen inklusive Greenpeace noch vehement sich gegen Sammlung von Mischplastik wehren. Dies weil es eben bei gewissen Leuten dazu führt zu glauben, sie haben bereits etwas beigetragen und machen dann dafür die relevanten Dinge nicht. Sie finden es trotzdem gut, dass es geprüft wird und möchten darauf hinweisen, dass sich diese Umstände so schnell ändern. Mittlerweile haben bereits erste Detailhändler damit angefangen, selber zu sammeln. Es gibt lokale Sammlungen, kantonale und 2022 hat Swissrecycling eine neue nationale Sammelaktion angekündigt. Deshalb glauben sie, einmal hinzuschauen reicht in diesem Thema vielleicht nicht, sondern es sollte kontinuierlich im Auge behalten werden. Es kann sich von Jahr zu Jahr wieder etwas ändern.

Peter Frauchiger, FDP spricht sich im Namen der FDP für eine Überweisung aus. Sie bitten jedoch darum, sich lediglich an den Auftrag zu halten und zu prüfen und einen Kurzbericht abzugeben. Nicht bereits ein Konzept mit einem Einführungsplan und einen Vorgriff vor zu nehmen. Sie verweisen auch auf einen Bericht vom bafu von Nov. 2017 mit dem Titel «Sammlung von Kunststoffabfällen aus Haushalten». Genau die Thematik geht daraus hervor, dass das differenziert betrachtet werden muss. Mit dem üblichen Kosten/Nutzen Verhältnis, mit anderen Partnern welche diesbezüglich schon viel machen. Wie gesagt, prüfen und ein Kurzbericht ist in ihrem Interesse.

Erik Schellenberg, SP erläutert, dass das Postulat schon in ähnlicher Form früher aufgetaucht ist. Im Interesse von einer Abfallverminderung und der Umbau von der Wirtschaft wo der Trend jetzt Richtung Kreislaufwirtschaft, d.h. viel vom Abfall resp. Viel von der Verpackung wieder zurück an den Verkäufer geht, sehen sie aber durchaus einen latenten Bedarf, die jetzige Situation zu verbessern. Zurzeit nehmen Grossverteiler und Baumärkte einen grossen Teil zurück, was jetzt aber nicht gut machbar ist, sind die Rückgabe von grösseren Objekten wie z.B. ein kleiner Spielzeugtraktor oder z.B. Tetrapak welches ja ein ziemlich homogenes Material ist und in grossen Mengen auftritt. Sie regen an, anstatt eine Sammlung vor Ort eine Sammlung am Werkhof mit einer einfachen Mulde zu organisieren. Sie sehen das Problem so am besten abzudecken. Die SP-Fraktion ist für die Überweisung an den Gemeinderat.

ABSTIMMUNG

34 JA / 3 NEIN / 2 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

R. Oberli, SVP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

Thomas Hafner, CVP fasst zusammen, es handelt sich hier um eine Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Eine solche Ergänzung findet er eine wichtige Sache. Er möchte im Rat beliebt machen, dies jetzt nicht schnell über die Bühne zu bringen, sondern dies wirklich zurück zu nehmen und an der nächsten Einwohnerratssitzung auf die Traktandenliste zu setzen. Dann kann jede Fraktion dies noch einmal in Ruhe besprechen. Er stellt den Antrag, dies auf die nächste Sitzung zu vertagen. Es gibt schon noch zwei drei Nuancen welche er sehr wichtig findet und mit dem Schreiben der FDP-Fraktion, Christoph Maier, genauer angesehen werden sollten.

Der *Einwohnerratspräsident* fragt beim Votanten nach, ob es sich um einen Ordnungsantrag handelt. Dieser bestätigt dies.

Stephan Appenzeller, SP glaubt zu verstehen, was Thomas Hafner meint. Er ist persönlich irritiert, dass dieser Vorschlag seit einem Monat vorliegt. Er hat grundsätzlich Verständnis, wenn man etwas beschleunigen möchte. Bei diesem Thema ist es nicht unvorstellbar das Verfahren wie es die Geschäftsordnung vorgibt nicht zu beachten und direkt eine Formulierung in der Geschäftsordnung zu beschliessen. Die Geschäftsordnung sagt, wenn dem Antrag zugestimmt wird, hat das Büro einen Vorschlag zu erarbeiten. Wenn es sich aber um einen einfachen Fall handelt, könnte dies schon anders gehandhabt werden. In diesem Fall glaubt er, dass sich ein paar Ratsmitglieder überrumpelt fühlen. Er bedauert sehr, dass vorgängig mit diesem Vorschlag nicht auf die Fraktionen zugegangen wurde. Dann hätte man dies im Büro beschliessen können, den Punkt zu beschleunigen. Es hat nämlich auch ein paar redaktionelle Fehler welche bereinigt werden müssten. Deshalb schlägt er vor, den Antrag von Roman Oberli zu behandeln und dann gemäss Geschäftsordnung (wenn zugestimmt wird) die Sache dem Büro zu überlassen, einen Vorschlag zu bringen. Das kann sehr schnell erledigt werden bis zur Dezember Sitzung.

Der *Einwohnerratspräsident* weist Stephan Appenzeller darauf hin es liegt Klarheit vor, das Büro bekommt den Auftrag einen Vorschlag auszuarbeiten um dem Rat einen Vorschlag zur Abstimmung vorzulegen. Alles andere war nicht vorgesehen. Ein Direktbeschluss oder ähnliches. Es geht darum, diesen Antrag ans Büro zu überweisen, dieser wird dort sauber ausgearbeitet und kommt noch einmal selbstverständlich zur Abstimmung im Gesamtrat. Es geht eigentlich mehr darum zu klären, ob dieser Zusatz der FDP als Ergänzung vom Antrag von Roman Oberli in diese Beratung des Büros miteinfließen muss. Selbstverständlich haben die Fraktionen noch Zeit darüber zu diskutieren und anschliessend zu befinden.

Stephan Appenzeller, SP sagt, wenn dies im Sinne eines unverbindlichen Vorschlags der Freisinnigen Fraktion zu behandeln ist und so an das Büro geht, hat er kein Problem damit.

Christoph Maier, FDP führt aus der Vorschlag welcher verteilt wurde heisst Zusatzantrag. Sie haben nicht beantragt, dass an der heutigen Sitzung die Geschäftsordnung geändert wird. Entsprechend bittet er darum (wie dies der Präsident erläutert hat) hier über den Antrag, den Zusatzantrag und schlussendlich den Auftrag ans Büro zur Ausarbeitung eines Vorschlags zu schreiten, abzustimmen.

Thomas Hafner, CVP ist einverstanden, wenn dies so ist wie vom Präsidenten ausgeführt. So kann er den Antrag zurückziehen und abwarten, was vorgelegt wird vom Büro.

Der Prozess ist in der Geschäftsordnung festgehalten erläutert der *Präsident*. Der Antrag wird im Büro interfraktionell behandelt, einen Vorschlag ausgearbeitet und wahrscheinlich geht er davon aus in den Fraktionen in Konsultation gegeben und nachher im Rat traktandiert. Der Vorschlag des Büros, welcher der Rat schlussendlich unabhängig entscheiden kann, ob er diesen annehmen möchte oder nicht.

ABSTIMMUNG

39 JA (vgl. Anhang, Abstimmung 09)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat genehmigt den Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats und überweist in ans Büro.

://: Der Einwohnerrat überweist den Zusatzantrag der FDP-Fraktion ans Büro.

Traktandum 13

Diversa

Der *Einwohnerratspräsident* möchte die heutige Sitzung abschliessen nach dem keine weiteren Wortmeldungen zum Punkt Diversa eingegangen sind, auch der Gemeinderat wünscht das Wort nicht. Die nächste Sitzung wird entweder am 15. November oder am 06. Dezember 2021 stattfinden. Ohne dem Büro vorgreifen zu wollen geht er davon aus (weil heute alle Traktanden behandelt werden konnten), dass sich der Rat erst wieder am Klausentag am 6. Dezember sehen wird. Das Büro wird dies rasch möglichst entscheiden und auch kommunizieren, so dass die Agenden bereinigt werden können. Er bedankt sich für die engagierte Sitzung und die Rückmeldungen während der Sitzung. Er wünscht alles Gute und eine gute Zeit und schliesst damit die Sitzung. *[Applaus]*

